**Hiermit stellen wir Ihnen eine Sammlung von Textbausteinen und Stichpunkten zur Verfügung, die Sie nutzen können, um Ihre persönliche Stellungnahme und damit Ihren Widerspruch zum Potenzialflächenkomplex 92 (PFK 92), auch GS 07 genannt, an den Regionalverband Braunschweig abzugeben. Sie haben die Möglichkeit, diese Bausteine und Stichpunkte in ihrer vorliegenden Form zu verwenden oder sie nach Bedarf sinngemäß einzukürzen, auszuwählen oder anzupassen. Bitte fühlen Sie sich frei, die Textbausteine und Stichpunkte so zu ändern, dass sie Ihren individuellen Vorstellungen entsprechen.**

Keine Windindustrie in unserem Vorharz !

Wir sind nicht gegen regenerative Energie, aber gegen das Vorhaben PFK 92. Vorausgeschickt sei, dass wir keineswegs gegen die Nutzung der Windenergie als Teil der notwendigen Energiewende sind – so beklagen wir doch entschieden das ausgewählte Gebiet PFK 92. Keine Windkraftanlagen im Einzugsgebiet von Westerode, Bettingerode und Lochtum. Das Naherholungsgebiet zwischen Bad Harzburg und Vienenburg muss frei von Windkraftanlagen bleiben, keine Industrie in unmittelbarer Nähe zu unseren Dörfern. Der Bereich zeichnet sich durch seine Lebens- und Wohnqualität aus und muss in seiner Schönheit und Unversehrtheit erhalten bleiben.

Verschiedene Projektierer mit ihren Planungsgesellschaften beabsichtigen zusammen mit Ackerflächeneigentümern und -eigentümerinnen im Bereich des Potentialflächenkomplexes (PFK) 92 in 1.000 Meter Entfernung von den genannten Ortschaften etwa 10 bis 25 Windräder mit einer Höhe von jeweils 285 Metern zu errichten.

Gegen dieses Vorhaben hat sich im Dezember 2024 die Bürgerinitiative „Windkraftfreier Harzblick“ gebildet und gleichzeitig einen Verein gegründet, der den Widerständen der Bevölkerung Ausdruck verleiht und die Synergien bündelt. Denn noch nehmen wir (oder: nehme ich) persönlich Stellung.

Der mit enormen Kosten verbundene Ausbau der Windenergie darf nicht maßlos und rücksichtlos gegen Mensch, Tier und Habitat durchgesetzt werden. Durch Windkraft werden wir nicht unsere Energieprobleme lösen. Durch die hohen Subventionen wird es eine Marktverzerrung geben, die späteren Stromkosten sind und bleiben unkalkulierbar und, ob es sich durch den massiven Ausbau um ein probates Mittel handelt, ist nicht einschätzbar.

Politische Aspekte

Die politischen Vorgaben der Landesregierung zur Windenergie, die zu schwerwiegenden Eingriffen in unsere Landschaften führen, halten wir für deutlich überzogen.

Sowohl an der ökologischen als auch an der ökonomischen Sinnhaftigkeit dieser betriebenen Energiestrategie bestehen aus unserer Sicht erhebliche Zweifel. Die politische Überzeugung der Landesregierung trifft auf großen Widerstand in unserer Gegend. Die ausgewählten Gebiete sind ohne Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bestimmt worden, diktatorisch verordnet, so erleben wir es bisweilen. Durch den massivem Einwirkungsdruck der Projektierer und dem persönlichen Gewinnstreben der Grundstückseigentümer und -eigentümerinnen werden unsere erhaltenswerte Natur und das Landschaftsbild exorbitant gestört und beschädigt.

Der Ausbau der Windenergie muss mit Augenmaß erfolgen und keine Goldgräberstimmung auslösen, die einige begünstigt und alle Bürger und Bürgerinnen über Netzentgelte den Windkraftausbau bezahlen lässt. Wo Windkraft- und Solaranlagen entstanden sind, hat sich das Netzentgelt verdoppelt. Die Behauptung, Strom könne dadurch billiger werden, ist in etlichen Veröffentlichungen widerlegt worden. Die Fehler des Gebäudeenergiegesetzes (sog. „Heizungsgesetz“) dürfen sich nicht wiederholen. Windräder können - ebenso wie andere regenerativen Energien - nicht unsere Energieprobleme zufriedenstellend lösen.

Andere Bundesländer - nicht nur im Süden - gehen erheblich behutsamer vor. Nach den Vorgaben des Regionalverbands Braunschweig, der bislang 1,3% seiner Fläche als Vorranggebiet für Windkraft ausgewiesen hatte, müssen es bis 2027 2,46% und bis 2032 schließlich 3,18% Flächenanteil sein. Demgegenüber sind im Harzkreis (Sachsen-Anhalt) bisher nur 0,5% der Fläche für Windkraft vorgesehen. 1,2% müssten es bis 2027 sein und 1,6% bis 2032. Der Bund erwartet eine Fläche von 2,2%. Niedersachsen hat sich selbst einen höheren Wert auferlegt, nämlich 3,18%, um die erwirtschaftete Energie zu verkaufen und damit Geschäfte auf Kosten von Mensch, Natur und Kultur zu machen. Wir bezahlen diese politische Fehleinschätzung, die offenbar übereilt und unbedacht getroffen wurde, in erster Linie mit unserem eigenen Geld.

Warum sollen wir mit 3,18% einen fast doppelt so hohen Beitrag zur Energiewende leisten wie beispielsweise Sachsen-Anhalt (1,6%)?

Grenzen der Windenergie

Die windabhängige Energieerzeugung ist stark schwankend, zwischen Null- und Überproduktion. Windkraft ist deshalb Zufallsstrom, nicht verlässlich und daher nicht zur Sicherung der Grundlast und des industriellen Bedarfs geeignet. Zum Ausgleich der Versorgungslücke müssen konventionelle Energiequellen parallel bereitgehalten, finanziert und es muss Strom auf dem europäischen Strommarkt teuer zugekauft werden. So haben wir es im Dezember 2024 erlebt. Wenn zu viel Wind weht, erzeugen Windkraftanlagen deutlich mehr Energie als die Netze aufnehmen können. Um eine Überlastung der Stromnetze zu vermeiden, müssen die Windräder abgeschaltet werden. Aber auch bei Stillstand werden Betreiber von Windkraftanlagen bezahlt! Die effiziente Verwendung oder Speicherung von überschüssigem Strom ist derzeit nicht möglich. Die Mehrkosten zahlt immer der Verbraucher über seine Stromabrechnung.

Das niedersächsische Energiekonzept setzt in stark forciertem Maße auf Windkraft; über die notwendige Komplementärenergie in windarmen Zeiten hört man demgegenüber wenig. Der von privaten Finanzinteressen und viel Kapital getragene Windkraftausbau wird von politischer Seite, nicht zuletzt zur eigenen Profilierung, fast bedingungslos unterstützt. Während dies nicht schnell genug gehen kann, hinkt der staatliche Netzausbau um Jahre hinterher. Dabei sind oft nicht einmal die Einspeisungsmöglichkeiten und die Netzweiterleitungen des Windstroms hinreichend gesichert.

Wirtschaftliche Bedenken

In unserer Region schießen derzeit Windenergieanlagen wie Pilze aus dem Boden (Immenrode, Beuchte).

Allein das Investitionsvolumen für den Potentialflächenkomplex 92 oder GS 7 in Lochtum und Bettingerode für die dort zu errichtenden Windräder sollen 120 Millionen Euro betragen. Dies zeigt, wie viel Geld hier im Spiel ist. Windanlagenprojektierer versprechen sich lukrative Geschäfte und konkurrieren um neue ausgewiesene Windnutzungsflächen. Den Grundstückseigentümern und -eigentümerinnen werden fünf- bis sechsstellige jährliche Nutzungsgebühren angeboten, so dass sie diesen Verlockungen kaum widerstehen können. Angesichts möglicher Überkapazitäten und der harten Konkurrenz auf dem internationalen Strommarkt erscheint eine dauerhafte wirtschaftliche Rentabilität jedoch höchst fraglich. Selbst Insolvenzen mit fatalen Folgen für Grundstückseigentümern und -eigentümerinnen, Kommunen und Bürgerschaft erscheinen nicht ausgeschlossen. Es ist naheliegend, dass die Stromkunden und Steuerzahlenden die Rechnung bezahlen müssen.

Bürgerbetroffenheit durch Zerstörung des historisch gewachsenen Landschaftsbildes

Festzustellen ist, dass - besonders in Niedersachsen - wieder einmal die Landbevölkerung in völlig unverhältnismäßiger Weise die Hauptlast der negativen Auswirkungen der bundesweiten Energiepolitik zu tragen hat (Schacht Konrad, Asse, Gorleben).

Viele von uns nehmen lange Anfahrtswege zu ihren Arbeitsstätten in Kauf, um so in ihrer ländlichen Heimat mit ihren Familien zu leben. Mit dem Einzug der industriellen Windkraft verändert sich dieser Lebensraum quasi über Nacht zu einem Industriegebiet mit all den dazugehörigen negativen Begleiterscheinungen.

Dies gilt in ganz besonderem Maße für das von Naturschönheit geprägte Harzvorland, von bewaldeten Höhenzügen umzogene und als Naturpark ausgewiesene Naherholungsgebiet Weißberg, mit Blick auf den Butterberg und Burgberg zwischen Goslar und Bad Harzburg.

Die beabsichtigte Windindustrieerrichtung auf der Potentialfläche Goslar 07 oder PFK 92 beruht nicht auf einer Abwägung von Eignungsgesichtspunkten, sondern ist auf die Initiative einiger Grundstückseigentümer und -eigentümerinnen und Projektierer zurückzuführen, die mit Betreiber aus finanziellem Eigeninteresse beabsichtigen, eine GmbH zugründen, um Windräder zu bauen. Dies entspricht ganz sicher nicht dem Willen des überwiegenden Teils der hiesigen Bevölkerung. Die positive Resonanz auf unsere Bürgerinitiative war überwältigend und lässt ein deutliches Meinungsbild erkennen.

Mit einer gigantischen Höhe von 285 Metern, errichtet auf einem tief im Erdreich verankerten Betongrund von 30 Metern Durchmesser, überragen diese Industrieanlagen den Lochtumer Kirchturm um das Achtfache. Das Landschaftsbild wird nicht mehr von der idyllischen Landschaft bestimmt, sondern von neun bis 25 gewaltigen, sich drehenden und überdies blinkenden Windrädern. So wird nicht nur das aus nördlicher Richtung eindrucksvolle harmonische Landschaftspanorama von Bad Harzburg zerstört; sondern die höhenmäßig überragenden Industrieanlagen üben darüber hinaus eine höchst bedrängende Wirkung auf die Anwohner und Anwohnerinnen der Ortsrandgrundstücke und Besucher und Besucherinnen aus.

Wertverlust von Grundstücken und Perspektivlosigkeit in der Ortsentwicklung

Nicht nur die Lebensqualität der Menschen, sondern auch der Wert der Immobilien wird durch die unmittelbare Nachbarschaft zu dem geplanten Windkraft-Industriegebiet deutlich geschmälert.

Alle Grundstücke in den Gemeinden verlieren massiv an Wert bis hin zur Unveräußerlichkeit. Bei Immobiliendarlehen muss von einem geringeren Beleihungswert ausgegangen werden. Dadurch wird die Anschlussfinanzierung erschwert oder verteuert.

Aber auch die kommunale Ortsentwicklungsplanung wird geradezu konterkariert. Alle Orte könnten durch Ausweisung interessanter Baugebiete Neubürger und Neubürgerinnen gewinnen und dem Bevölkerungsrückgang entgegenwirken. Mit der Realisierung der Windindustrie wäre diese Attraktivität dahin.

Bestehende oder beabsichtigte Planungen zu Neubaugebieten könnten zu den Akten gelegt werden, denn wer möchte sich schon sein neues mühsam erspartes Heim im Schatten riesiger industrieller Windräder errichten?

Deshalb dürfen Windenenergiebetreiber nicht Totengräber unserer Heimatorte werden.

Beeinträchtigungen für Mensch, Tier und Natur

Neben der Zerstörung der Kulturlandschaft kommen auf Mensch, Tier und Natur aber noch weitere gravierende konkreteBeeinträchtigungen hinzu.

In besonderem Maße betroffen durch das beabsichtigte Industrialisierungsprojekt sind die Anwohner und Anwohnerinnen der Dörfer Lochtum, Betingerode und Westerode. Diese Orte werden unter der bedrückenden optischen Dominanz der gigantischen Windräder im Landschaftsbild leiden. Die geringe Entfernung von nur 1.000 Metern ist nicht nachvollziehbar und völlig inakzeptabel. Zudem werden die Anlagen auf Hügeln und dem Weißberg errichtet, so dass sich noch höher erbaut sind. Die räumliche Nähe des geplanten Projekts wird auch weitere schwerwiegende Auswirkungen auf die Wohnqualität und Gesundheit haben. Insgesamt ist von einer deutlich verminderten Wohn- und Lebensqualität auszugehen, insbesondere durch beeinträchtigende Emissionen, wie Lärm, Infraschall, Schlagschatten, gefährlichen Eisabwurf, sich dauerhaft bewegende Rotoren und ständiges Blinklicht bei Dunkelheit und Nacht.

1. Gesundheitliche Gefahren

Geräuschemissionen, niederfrequenter Lärm, Infraschall und Schlagschatten können zu verschiedenen Beeinträchtigungen und gesundheitlichen Schädigungen bei Mensch und Tier führen:

Konzentrationsstörungen, Angstzustände, Herzrasen, Muskelschmerzen, Müdigkeit, Tinnitus, Schwindel, Panikattacken, Bluthochdruck, Zunahme chronischer Erkrankungen, Schlafstörungen, Unruhe, verminderte Leistungsfähigkeit, Übelkeit, Depressionen, Kopfschmerzen, Lernschwierigkeiten

b) Zerstörung von Ökosystemen und Lebensraum von Tieren

Unser Naherholungsgebiet ist ein wahres Naturparadies und war vor der Veränderung durch das Bundesnaturschutzgesetz als Naturpark ausgewiesen. Durchzogen vom Flüsschen Schamlah bietet es einen wichtigen Lebensraum für eine Vielzahl verschiedener seltener Tierarten; vom Schwarzstorch, über den Rotmilan und Grau- und Weißreiher bis hin zum Baumfalken. Vergessen sollte man auch nicht die heimische Tierwelt, wie z.B. Rehe, Alpakas und die auf den Weiden grasenden Pferde. Verschiedene seltene Fledermausarten sind dort ebenfalls anzutreffen.

Ein besonderes Naturschauspiel bietet der im Frühjahr und Herbst zu beobachtende Vogelzug. Zu Tausenden nutzen sie die dortigen Ackerflächen regelmäßig zu Zwischenlandungen mit teilweise längeren Pausen auf ihren Langstreckenflügen von Süden nach Norden bzw. zurück. Entsprechendes gilt auch für andere Vogelarten und Wildgänse.

Nicht auszudenken, welch fatale Folgen die riesigen Rotoren durch Vogelschlag und milliardenfachen Insektenschlag in der warmen Jahreszeit anrichten könnten. Auch auf die Nahrungskette von Insekten fressenden Vogelarten bliebe dies nicht ohne Auswirkungen.

c) Umweltschäden durch Bodenkontamination aufgrund toxischer Mikropartikel

Vorausgeschickt sei, dass uns durchaus bewusst ist, dass eine absolut umweltneutrale Energiegewinnung nicht möglich ist. Kompromisse sind notwendig. Negative Begleiterscheinungen und Gefährdungen durch Windräder dürfen aber auch nicht verschwiegen werden, zumal sich die Beeinträchtigungen für die Bevölkerung bei sorgfältiger Standortauswahl minimieren ließen. Diesen Anforderungen wird das geplante Industrieprojekt in der Potentialfläche GS 7 oder PFK 92 allein schon wegen der nicht nachvollziehbaren unmittelbaren Nähe zu den Ortschaften nicht gerecht. Es wäre auch niemandem damit gedient, wenn teure Windräder aufgrund berechtigter, erfolgreicher Klagen von Anwohnern und Anwohnerinnen wegen Emissionsbeeinträchtigungen nicht oder nur in eingeschränktem Maße in Betrieb gehen würden.

Die äußere Struktur der Rotorblätter besteht tonnenweise aus toxischen Mikropartikeln, nämlich glasfaserverstärktem Kunststoff (GFK) bzw. carbonfaserverstärktem Kunststoff (CFK), im Volksmund „fiese Fasern“ genannt. Carbon/GFK/CFK sind für Menschen und Tiere toxisch und stehen im Verdacht, in hohen Dosen fortpflanzungsgefährdend und krebserregend zu sein (u.a. Bisphenol-A) und werden mit Asbest gleichgesetzt (UBA 2020). Freisetzungen von Mikropartikeln durch Abnutzung oder Verletzungen des Rotors sind nicht zu vermeiden. Jedes Windrad verliert jährlich 100 kg Abrieb. Bei Schadensereignissen werden die Fasern für Augen, Haut und Atemwege gefährlich. Sie liegen überall in der Gegend herum und werden vom Wind weiterverbreitet. Jede eingeatmete Faser kann die Lunge nicht verlassen und über die Jahre Lungenkrebs verursachen.

Schließlich gibt es für diese Mischlaminate aus Glasfaser- und Carbonfasern aktuell nicht einmal zugelassene Entsorgungswege.

d) Gefahren durch Havarien von Windkraftanlagen

Brände durch technische Defekte oder Blitzschlag sind ebenfalls nicht ausschließbar. Im Falle des Brandes einer Windenergieanlage, deren Gondel mehrere Tonnen Öl und Schmierstoffe enthält, bestünde für die Feuerwehr praktisch keine Brandlöschmöglichkeit. Ein so außer Kontrolle geratener Brand würde über Stunden anhalten und den krebserregenden Staub in einem großen Gebiet über viele Kilometer hinweg verteilen.

Aufgrund ihrer hohen Stabilität werden die wasser-, fett- und schmutzabweisenden chemischen Verbindungen von Carbon/GFK/CFK durch die in der Umwelt üblichen Abbauprozesse praktisch nicht zerstört. Der Boden bleibt dauerhaft kontaminiert und ist für die Landwirtschaft nicht mehr nutzbar. Die in Kläranlagen gängigen Abbauverfahren, die im Wesentlichen auf dem Einsatz von Mikroorganismen beruhen, sind nicht in der Lage die gefährlichen toxischen Mikropartikel zu entziehen.

Schließlich sind auch Recycling und Entsorgung alter Anlagenteile nur schwer möglich.

e) Unwiderrufliche Vernichtung wertvoller Ackerflächen

Die Windräder stehen auf massiven Betonfundamenten von 30 Metern Durchmesser, die den Ackerboden jeweils punktförmig durchlöchern. Es erscheint ausgeschlossen, dass diese riesigen Betonmassen (mit extremem, CO2-intensivem Materialverbrauch von ca. 3.500 t pro Windrad) jemals wieder aus dem Boden entfernt werden würden. Diesen großflächigen Fundamenten käme somit Ewigkeitswert auch für spätere Generationen zu.

Aber auch die Nutzung der verbleibenden Ackerflächen wird beeinträchtigt. Die rotierenden Windräder wirken wie Ventilatoren und trocknen den Boden extrem aus. Dies könnte laut alarmierenden Studien die Klimaerwärmung verstärken und Dürre auslösen (Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 19.09.2022 und darin zitierte Studien).

f) Belastung der örtlichen Infrastruktur durch LKWs

Für die Errichtung von leistungsstarken Windenergieanlagen sind, wie zuvor erwähnt, massive

Fundamente notwendig. Diese werden vor Ort gegossen.

Der Betonbedarf für das Fundament einer Windenergieanlage beträgt ca. 1.300 m³. Um dieses

Volumen zu transportieren werden 150 LKW-Ladungen pro Windkraftanlage benötigt (PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft 03.04.2023). Dazu kommen noch die An- und Abfahrten der LKW für die Baugeräte wie Bagger und Kräne, sowie für die Anlieferung von Bauelementen der Masten, Materialien wie Bewährungen und Stahl, das Maschinenhaus (Gondel) und Rotorblätter. Alleine für den Infrastrukturausbau müssen zwei Millionen € aufgewendet werden.

Fazit und Empörung

Bei dieser Sachlage halten wir (oder: halte ich) den Bau eines Windparks in so unmittelbarer Nähe zu den Ortschaften Lochtum, Bettingerode und Westerode für unverantwortlich. Mit den anderen ausgewiesenen Potentialflächenkomplexen 91 und 106 sowie bestehenden Windkraftanlagen in Harlingerode leisten diese Flächen bereits einen ausreichenden Beitrag zu erneuerbaren Energien.

Es wäre im Hinblick auf die aufgezeigten Problematiken deshalb wünschens- und sicherlich auch überprüfungswert, ob auf den PFK 92 verzichtet werden könnte und die Windkraftanlagen auf die anderen ausgewiesen Flächen ausweichen könnten. Die hier angedachten Bereiche mit dem geplanten Ausbau werden von unserer Bürgerinitiative strikt abgelehnt und sind unseres Erachtens, insbesondere im Hinblick auf die geschilderten Problematiken, nicht hinnehmbar.

Besonders ärgerlich ist eine mangelnde Ganzheitlichkeit in der Bewertung und Betrachtung der Flächen:

Das Kartenmaterial, auf das sich der Verband beruft scheint nicht vielfältig genug zu sein. Niedersächsische Umweltkarten belegen, dass es sich bei der Fläche des PFK 92 um ein Hochwasserschutzgebiet handelt. In ausgeführten „Steckbriefen“ für das Gebiet wird der Hochwasserschutz, als nicht vorhanden, ausgeschlossen. Was stimmt denn nun?

Die Potentialflächen werden in den Darstellungen ausgewiesen, bestehende Windindustrieanlagen sind allerdings nicht kenntlich gemacht, so dass man nicht erkennt, wie viele Anlagen schon vorhanden sind und welche Flächen schon industriell belastet sind.

Als die PFKs entwickelt wurden, baute man Windtürme mit einer Leistung von 3,5 GW. Die heutigen Anlagen generieren 7,2 GW. Warum hat der technische Fortschritt keine Auswirkungen auf die Flächen und Anzahl der Industrieanlagen?

Wie kann man seinen Fokus nur auf einen so geringen Bereich richten, wie die Auswahl der Flächen und verliert z.B. die erbrachten Leistungen durch Windenergie oder die Menge der Industrieanlagen oder ihre Qualität aus dem Blick?

Welcher Generation gehören die Anlagen an? Sind sie abschaltbar?

Warum gibt es keine Limitierung für die Anzahl der Anlagen? Die Errichtung der Anlagen erscheint wie Wildwuchs.

**Starker Windkraftausbau**

Aus 47 Windindustrieparks in der Region sollen 85 werden (GZ vom 09.11.2024)

Starke Energieperspektiven? Ganz und gar nicht. Kein Wort über den tatsächlichen Bedarf der zwischen Null- und Überproduktion schwankenden Windenergie und deren unfassbar hohen Kosten. Wenn zu viel Wind weht, müssen Windräder abgeschaltet werden, um eine Netzüberlastung zu vermeiden. Die effiziente Verwendung oder Speicherung von überschüssigem Strom ist derzeit nicht möglich. Aber auch bei Sillstand werden Betreiber von Windkraftanlagen bezahlt. Zum Ausgleich der Versorgungslücke muss konventionelle Energie teuer eingekauft werden. Windnutzung ist sinnvoll, aber nicht in einem derart überdimensionierten Umfang. Statt ideologischer Vorgaben, bitte wirtschaftliche Vernunft. Mindestens 550 neue Windräder sollen allein zwischen Harz und Heide entstehen. Ein Windkraftrad kostet zwischen 3,5 bis 10 Millionen Euro. Hinzu kommen jährlich etwa 55 Millionen Euro für Pächter, die leicht mindestens 100.000 Euro im Jahr pro Windrad verdienen sollen. Trotzdem stehen Investoren bereit. Warum? Weil es staatliche Garantien gibt und profitorientierte Finanzinvestoren, die in aller Regel besser kalkulieren als Parteipolitiker und -politikerinnen. Es ist viel Geld zu verdienen und den Betreibern der Industrieanlagen geht es nicht um eine ökologische Versorgung, sondern um ihren eigenen Profit auf Kosten der Bürger und Bürgerinnen. Die Mehrkosten zahlt immer der Verbraucher bzw. die Verbraucherin über seine bzw. ihre Stromrechnung, hilfsweise der Steuerzahler bzw. die Steuerzahlerin. Trotzdem ist mit Insolvenzen von Betreibern zu rechnen. Welche Konsequenzen hat das für den Verpächter oder die Verpächterin? Es entstehen Windindustrieruinen, die weiterhin die Landschaft verschandeln, wenn die dafür verantwortlichen Politiker und Politikerinnen und Parteien schon längst in der Bedeutungslosigkeit versunken sind. Und wir? Wir zahlen und zahlen…….